

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Belegt wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,90 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamzeile 45 Goldpfennige. Die Reichsregierung der Zeitung infolge von Gewalt oder Verleumdung behält sich kein Recht auf Kündigung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 5790 - Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Jr. 96

Altensteig, Dienstag den 27. April

1926

Unsere Zeitung bestellen!

Der Berliner Vertrag

Die deutsch-russische Abmachung

Berlin, 26. April. Der zwischen Deutschland und Rußland in Berlin abgeschlossene Vertrag hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Regierung und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, von dem Wunsche geleitet, alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens beitragen kann, und in der Überzeugung, daß das Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine feste vertrauensvolle Zusammenarbeit erfordert, sind übereingekommen, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen besonderen Vertrag zu befestigen und haben zu diesem Zwecke zu Besprechungen ernannt: Die deutsche Regierung den Reichsminister des Auswärtigen Herrn Dr. Brüning, die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Herrn Nikolai Nikolajewitsch Krestinski, die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form besiegelten Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1: Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bleibt der Vertrag von Rapallo. Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden in freundschaftlicher Fühlung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden Länder gemeinsam beruhenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen.

Artikel 2: Sollte eine der vertragsschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragsschließende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktes Neutralität beobachten.

Artikel 3: Sollte aus Anlaß eines Konfliktes der in Artikel 2 erwähnten Art oder auch zu einer Zeit, in der sich keiner der vertragsschließenden Teile in kriegerischen Verbindungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden, gegen einen der vertragsschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragsschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.

Artikel 4: Dieser Vertrag soll ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von 5 Jahren. Die beiden vertragsschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer politischen Beziehungen verständigen.

Zu Urkunde dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Abschrift in Berlin am 24. April 1926.

(gez.) Stresemann

(gez.) Krestinski

Dem Vertrag ist folgender Notenwechsel beiliegend: Herr Reichsminister! Indem ich den Empfang der Note bestätige, die Sie mit Bezeichnung auf die Verhandlungen über den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der deutschen Regierung an mich gerichtet haben, beehre ich mich, darauf namens der Regierung zu erwidern:

1. Beide Regierungen sind bei den Verhandlungen über den Vertrag und bei dessen Unterzeichnung übereinstimmend von der Auffassung ausgegangen, daß der von ihnen in Artikel 1 Abs. 2 des Vertrages festgelegte Grundhof der Verständigung über alle, die beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art wesentlich zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens beitragen wird. Jedenfalls werden sich die beiden Regierungen bei ihren Auseinandersetzungen von dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der Erhaltung des allgemeinen Friedens leiten lassen.

2. Hinsichtlich der grundsätzlichen Fragen, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen, nimmt die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Anstand an den Erklärungen, die in den Ziffern 2 und 3 ihrer Note enthalten sind.

3. Um für die reibungslose Erledigung aller zwischen ihnen auftretenden Fragen eine sichere Grundlage zu schaffen, halten die beiden Regierungen es für zweckmäßig, alsbald in Erörterung über den Abschluß eines allgemeinen Vertrages zur friedlichen Lösung der zwischen den beiden Teilen etwa entstehenden Konflikte einzutreten, wobei insbesondere die Möglichkeit des schiedsgerichtlichen Verfahrens und des Vergleichsverfahrens berücksichtigt werden sollen.

lichen Lösung der zwischen den beiden Teilen etwa entstehenden Konflikte einzutreten, wobei insbesondere die Möglichkeit des schiedsgerichtlichen Verfahrens und des Vergleichsverfahrens berücksichtigt werden sollen.

Genehmigen Sie, Herr Reichsminister, die erneute Versicherung meiner ausgesprochenen Hochachtung (gez.) Krestinski.

Berlin, den 24. April 1926.

Herr Botschafter!

Mit Beziehung auf die Verhandlungen über den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehre ich mich namens der deutschen Regierung folgendes festzustellen:

1. Beide Regierungen sind bei den Verhandlungen über den Vertrag und bei dessen Unterzeichnung übereinstimmend von der Auffassung ausgegangen, daß der von ihnen in Artikel 1 Abs. 2 des Vertrages festgelegte Grundhof der Verständigung über alle, die beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art wesentlich zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens beitragen wird. Jedenfalls werden sich die beiden Regierungen bei ihren Auseinandersetzungen von dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der Erhaltung des allgemeinen Friedens leiten lassen.

2. In diesem Sinne haben die beiden Regierungen auch die grundsätzlichen Fragen erörtert, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die Innereisigkeit Deutschlands zum Völkerbund kein Hindernis für die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bilden kann. Der Völkerbund ist seiner grundlegenden Idee nach zur friedlichen und gerechten Ausübung internationaler Gesinnung bestimmt. Die deutsche Regierung ist entschlossen, an der Verwirklichung dieser Idee nach Kräften mitzuarbeiten. Sollten dagegen, was die deutsche Regierung nicht annimmt, im Rahmen des Völkerbundes irgend wann etwa Bestrebungen hervortreten, die im Widerspruch mit jener grundlegenden Friedensidee einzeln stehen, so würde Deutschland denjenigen Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenwirken.

3. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß diese grundsätzliche Einstellung der deutschen Politik gegenüber der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auch nicht durch die lokale Beobachtung der Urzustände beeinträchtigt werden kann, die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund aus den Artikeln 16 und 17 der Völkerbundescharta über das Sanctionsverfahren ergeben würden. Nach diesen Artikeln läge ein Sanctionsverfahren gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, abgesehen von weiteren Voraussetzungen, nur dann in Betracht, wenn die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einen Anarchistien gegen einen dritten Staat erkläre. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Frage, ob die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei einem bewußten Konflikt mit einem dritten Staat zur Kontrolle ist, mit bindender Wirkung für Deutschland nur mit dessen eigener Zustimmung entschieden werden könnte und daß somit eine in dieser Hinsicht etwa von anderen Mächten gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erhobene, nach deutscher Ansicht nicht berechtigte Behauptung Deutschland nicht zwingen würde, an irgend welchen auf Grund des Artikels 17 angelegten Maßnahmen teilzunehmen.

Wenn der Frage, ob und in welchem Maße Deutschland im konkreten Falle überhaupt insoweit sein würde, an einem Sanctionsverfahren teilzunehmen, verweist die deutsche Regierung auf die bei Gelegenheit der Unterzeichnung des Vertragswortes von Varna an die deutsche Delegation gerichtete Note vom 1. Dezember 1925 über die Auslegung des Artikels vom 16. April 1925 im für die reibungslose Erledigung aller zwischen ihnen auftretenden Fragen eine sichere Grundlage zu schaffen, halten die beiden Regierungen es für zweckmäßig, alsbald in Erörterung über den Abschluß eines allgemeinen Vertrages zur friedlichen Lösung der zwischen den beiden Teilen etwa entstehenden Konflikte einzutreten, wobei insbesondere die Möglichkeit des schiedsgerichtlichen Verfahrens und des Vergleichsverfahrens berücksichtigt werden sollen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die erneute Versicherung meiner ausgesprochenen Hochachtung (gez.) Dr. Stresemann.

Reichsregierung und Enteignung der Fürstenvermögen

Die Reichsregierung hat beschlossen, den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen dem Reichstag zu unterbreiten. Demgemäß hat der Reichsminister des Innern eine entsprechende Vorlage an den Reichstag gemacht. Die Vorlage enthält einen Bericht, der das Zustandekommen des Volksbegehrens darstellt. Dem Bericht sind vier Anlagen beigefügt, nämlich der Gesetzentwurf, eine Uebersicht über das Eintragungsergebnis, eine Darlegung der Reichsregierung zu dem Gesetzentwurf und eine gutachtliche Äußerung zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit dieses Entwurfs.

Die Darlegung der Reichsregierung führt aus:

„Die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Fürsten, wie sie der Entwurf vorsieht, widerspricht den Grundätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Die Reichsregierung vermag daher den Inhalt des Entwurfs nicht als brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzungen zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenthümern anzusehen und spricht sich auf das Entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag aus. Dagegen kann nach Ansicht der Reichsregierung eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungen nach den Grundätzen des zurzeit der Beratung des Rechtsausschusses des Reichstages unterliegenden Entwurfs eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenthümern (sog. Kompromißentwurf) erfolgen. Die Regierung wird ihrerseits im Verfolg ihrer Erklärung vom 26. Januar 1926 das Zustandekommen eines Kompromißentwurfs mit allen Mitteln fördern und hofft, daß auf diesem Wege für die Auseinandersetzung zwischen Fürsten und Ländern eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, durch die sich der weitergehende Gesetzentwurf des Volksbegehrens inhaltlich erübrigt.“

Zu der Regierungserklärung gegen das Enteignungsgesetz schreibt der „Vorwärts“: Die Reichsregierung hat eine klare Front bezogen. Sie muß sich indessen gewiß sein, daß ihre Erklärung den Kampf um den Volksentscheid erst recht zu einer überaus scharfen und erregten politischen Auseinandersetzung von großer Bedeutung gestaltet. Sie muß sich ebenso klar darüber sein, daß sich die Auseinandersetzung um das Fürstentkompromiß nunmehr auf einer anderen Ebene vollziehen wird. Die Sozialdemokratie vertritt das Enteignungsgesetz, das zum Volksentscheid geht. Glaubt die Regierung, daß die Sozialdemokratie einem Kompromiß zustimmen kann, dessen Zweck nach ihren eigenen Erklärungen ist, den Gesetzentwurf des Volksbegehrens zu „erfüllen“? oder glaubt sie, das Kompromiß mit den deutschen nationalen zustande bringen zu können, mit deren Hilfe sie die von ihr selbst geforderte Zweidrittelmehrheit niemals erreichen kann? Das heißt den Volksentscheid zu einem Kampf um die Frage gestalten: Rechtskurs oder nicht.

Beginn der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 26. April. Montag vormittag trat die Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde der führende belgische Ministerpräsident Theunis gewählt, der eine längere Eröffnungsansprache des erkrankten Ador verlas. Am Sonntag hatten sich die Kommissionsmitglieder in vertraulichen Besprechungen über die großen Richtlinien für ihre Arbeiten verständigt. Im Vordergrund der Beratungen werden die Zoll-, Währungs- und Kartellfragen stehen.

Die Aussichten der Genfer Wirtschaftskonferenz

Genf, 26. April. Zu der am Mittwoch beginnenden Tagung der Kommission zur Vorbereitung einer Weltwirtschaftskonferenz sind 30 Delegierte der verschiedensten Staaten von Europa eingetroffen. Am Sonntag mittag fand eine Besprechung bei dem Direktor der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes Sir Arthur Salter statt, an der die namhaftesten Delegierten teilnahmen. Zur Debatte stand das Programm der Arbeiten der Kommission. Soweit sich jetzt übersehen läßt, sind die meisten Delegationen ohne feste Richtlinien nach Genf gekommen, so daß zur Stunde noch völlige Unklarheit darüber herrscht, welche Probleme zur Erörterung gelangen werden.

Die Friedensverhandlungen in Marokko

Beginn der Friedenskonferenz in Udja

Paris, 26. April. Sonntag abend wurde in den Kreisen der französischen und spanischen Delegation in Marokko bekannt, daß am Montag die Konferenz in Udja, die bisher immer wieder verschoben wurde, zusammenzutreten soll. Die spanische Regierung habe zwar ihre Zustimmung noch nicht erteilt, sie werde aber erwartet. Die Ansetzung der Konferenz in Udja für heute wird von einem Teil der Blätter als Erfolg der Vertreter angesehen und dahin gedeutet, daß die Gründe der Vertreter gegen die Fortsetzung der französisch-spanischen Kisten und den Austausch der Gefangenen als berechtigt angesehen würden.

Die Friedensvorschlüge der Marokko-Mächte

Paris, 26. April. Nach einer Haussammlung legte die französisch-spanische Friedensdelegation in Udja bei Beginn der heutigen Verhandlungen folgende Vorschläge vor: 1. Gefangenenaustausch auf paritätischer Basis; 2. Beilegung der



wichtigsten strategischen Punkte; 3. Sofortige Entwaffnung der ausländischen Stämme; 4. Errichtung einer partiellierten Polizeigruppe. Die Verbannung Abd el Krims, die Frage der Souveränität des Sultans von Marokko und die Bewachung des Rifgebirges sollen späterer Behandlung vorbehalten werden. Man hofft in allernächster Zukunft, bis Ende der Woche eine Verständigung herbeiführen zu können.

Neues vom Tage.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten

Im Rahmen der in Regensburg stattfindenden Tagung des Landesverbandes der Bayerischen Volkspartei sprach Ministerpräsident Held über politische Fragen. Einleitend besprach Held in längeren Ausführungen die Probleme der deutschen Außenpolitik. Zu fordern sei ein festes Ziel, das der Würde des deutschen Volkes nichts verleihe. Wenn wir allerdings, so sagte Held, nach dieser Richtung hin die deutsche Außenpolitik der letzten ein- einhalb Jahre betrachten, so kann ich nicht behaupten, daß wir eine besonders glückliche Hand hatten. Der Sicherheitspakt ist im letzten Grunde nichts anderes als die Sicherung der europäischen Politik. Was wir bisher von Locarno erleben ist nur eine Kette von Enttäuschungen. Das ist besonders für unsere Pläne. Der Völkerverbund ist nichts anderes als das Instrument der Sieges- nationen, um uns an die Hand zu drücken. Deutschland kann sich außerhalb des Völkerverbundes viel härter stellen machen als im Völkerverbund. Ich würde es für einen Fehler halten, wenn Deutsch- land nur Völkerverbund treiben wollte. Ich glaube, daß das Reich- land von heute nicht das Reichland der Zukunft sein wird. Zu innerpolitischen Fragen übergehend, betonte Ministerpräsident Held zunächst die Notwendigkeit einer gesunden Kapitalbildung. Die Steuerpolitik, die die Substanz ansetzt, sei ein Verhängnis für das ganze deutsche Vaterland. Zur Furchtbarsten erklärte Held, die Grenze zwischen dem, was Privateigentum und öffentliches Eigentum sei, müsse klar gezogen werden. Die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Bayern betonte Held, daß seine Partei auf dem Boden des Föderalismus liege. Die Einheit des Reiches wollen wir unter allen Umständen; aber dazu braucht man kein Einheitsreich, das alle Staaten ver- schlingt und in dem nur „ein“ entscheidender Wille für alle Tra- gen maßgebend ist.

Staatsminister a. D. von Brauer gestorben

Berlin, 26. April. Der frühere bayerische Staatsminister v. Brauer ist gestern in Baden-Baden im 80. Lebensjahre gestorben. Brauer war unter Bismarck vortragender Rat im Auswärtigen Amt und wurde nach dem Rücktritt Bis- marcks Generalkonsul in Kairo und später bayerischer Ge- sandter in Berlin.

Feuer im Turm der Heiligen Geist Kirche in Potsdam

Potsdam, 26. April. Im Turm der Heiligen Geistkirche in Potsdam, in dem gestern die drei neuen Glocken eingeweiht worden waren, brach heute nachmittag Feuer aus. Die Feuerwehr löschte den Brand nach dreistündiger Tätig- keit.

Vorkottbewegung der Wiener Gastwirte

Wien, 26. April. Die von der Genossenschaft der Gast- wirte Wiens beschlossene Einstellung des Bierauschankes wurde heute in fast allen Gasthäusern durchgeführt.

Die Vorbereitung der internationalen Wirtschafts- Konferenz

Genf, 26. April. Bei der ersten Aussprache des vorbe- reitenden Ausschusses für die Internationale Wirtschaftskonferenz haben heute nachmittag die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staa- ten das Wort ergriffen. Mangels einer einheitlichen Richtlinie in diesen Reden ist es noch durchaus ungewiß, welche Vorgänge von dem Ausschusse als primär bezeichnet und in den Vordergrund der weiteren Beratung gestellt werden.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 27. April 1926.

Kirchenbezirksfest. In diesem Jahr findet das Kirchenbezirksfest in Altensteig statt und zwar am Sonntag, Rogate, 9. Mai, nachmittags 3 Uhr in der Stadtkirche. Dabei werden die Kirchendörfer von Altensteig, Ebhausen, Hatterbach, und Wildberg, der Singchor von Ueberberg, sowie die Musikkvereine von Nagold und Altensteig, teils in Massenchor, teils in Einzelchören, verschiedene Choräle und andere Vorträge der evangelischen Kirchenmusik darbieten. Außer- dem wird der Musikverein von Nagold und Altensteig unter Mitwirkung des Seminarlehrers die Himmelfahrts- kantate von J. S. Bach „Gott fährt auf mit Tauchen“ zur Aufführung bringen. In dem von Stadtpfarrer Hor- lacher in Altensteig geleiteten liturgischen Gottesdienst werden Stadtpfarrer Lang von Calw und Stadtpfarrer Kirt von Rottweil Ansprachen halten über: „Der Schatz der Kirche“ und „Was wir unserer Kirche schuldig sind“. Das aufgestellte Programm ist sehr reichhaltig und ver- spricht das Kirchenbezirksfest ein recht schönes und ein- drucksvolles zu werden. Es ist zu hoffen, daß die Betei- lung von hier und auswärts eine recht große wird.

Zum neuen Fahrplan 1926/27. Von der Handelskammer Calw wird uns geschrieben: Der Entwurf zum neuen Fahr- plan ist nunmehr erschienen: Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß wir in der nächsten Fahrplanperiode eine ganze Reihe von Verbesserungen, mindestens den Sommer über haben werden, denen allerdings noch Wünsche gegen- überstehen, deren Erfüllung uns trotz der Erkenntnis der schlechten Wirtschaftslage der Reichsbahn möglichst ersicht.

1. Die Schwarzwaldbahn. Unter den 3 von Stuttgart aus nach Westen ausstrahlenden Bahnlängen ist sie die einzige, die eine Sackbahn ist und nur über ein Geleise verfügt. Nicht zu betonen ist ferner, daß der Arbeiterverkehr mindestens bis Weidenstadt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat, und

daß der sonstige Berufsverkehr etwa bis Rutesheim von Jahr zu Jahr in Zunahme begriffen ist; die Bahn muß also für Ar- beiter, Berufs- und Fremdenverkehr auf dem einen Geleise Sorge tragen. Dazu kommt noch die Milchverfrachtung Stutt- garts, die gleichfalls ständig ein Hindernis für die Beschleunig- ung der Reichsbahn befördernden Züge bildet. Trotz dieser Schwierigkeiten können wir von einer tatsächlichen Verbesserung unseres Fahrplanes reden. Vom 14. Mai d. J. ab können wir zunächst einmal im Sommer mit einem beschleunigten Personen- zug, also mit 4. Klasse, hier in Calw wegfahren 8.30, um in Stuttgart 7.56 anzukommen (an diesen Zug hat Altensteig und Nagold Anschlag). Wir möchten die Hoffnung aussprechen, daß dieser Zug so stark benützt wird, daß das Bedürfnis für diese Verbindung der Reichsbahndirektion als unabweisbar erscheint. Es ist wohl möglich, daß für den Fall guter Besetzung der Zug auch im Winterfahrplan aufrecht erhalten wird. Andernfalls hätten wir leider im Winter eben wieder den Morgenbummel- zug Calw ab 7.00, Stuttgart an 9.05; d. h. 125 Minuten für 56 Kilometer. Für die kleineren Stationen wird im Sommer der Zug 7.15 mit Milchbeförderung nachgeführt, der 9.11 in Stutt- gart ankommt. Mit diesem beschleunigten Personenzug Stutt- gart an 7.56 erhalten wir die längst ersehnten Anschlüsse in Stuttgart nach Alm, Münsingen und Bodensee. Leider ist der Mittagszug Calw ab 12.15 (früher 12.11) nicht in der Lage, die für uns wichtigen Anschlüsse zu erreichen. Er kommt in Stuttgart an 2.16; der Anschlag nach Kalen fährt aus davon 2.05, der nach Blödingen-Kirchheim 1.55. — Es müßte trotz des Berufsverkehrs zu erreichen sein, daß auch dieser Schöneicher- zug noch beschleunigt wird. In der Richtung Stuttgart-Calw ist als große Wohltat der neue Zug zu begrüßen, Stuttgart ab 5.55, Calw an 7.00. Wir können diesen Zug als bedeutenden Fortschritt gegenüber früher bezeichnen. Freilich ist nicht abzusehen, warum man den Zug nicht auch noch durch Rutesheim hat durch- fahren lassen, das eine Stunde vor- und nachher Zugverbin- dung von Stuttgart her hat; der Zug ist einmal bis Weiden- stadt als Fernverkehrs zug gedacht und sollte unbedingt auch durch alle Haltepunkte durchfahren. Leider sind aber die Bemühungen gescheitert, den Abendzug 7.40 ab Stuttgart um 30 Minuten spä- ter zu legen und seine Fahrt zu beschleunigen. Die Heimbeför- derung der Rückfahrenden stand nach Mitteilung der Reichs- bahndirektion dem im Weg. Wir können daher bedauerlicher- weise weder die Anschlüsse von Kalen her, noch die von Kirch- heim-Blödingen her aufnehmen. Hier muß für den nächsten Fahrplan eine Möglichkeit gefunden werden, um die Milch mit einem der vorherfahrenden Züge zu befördern, und den Zug in Stuttgart etwa 8.30 abends wegfahren zu lassen. Trotz dieser und anderer Anschlagmängel müssen wir feststellen, daß nicht nur für Calw, sondern auch für die Anschlüsse nach Nagold und Forstheim durch die beiden beschleunigten Züge eine ganz er- hebliche Verbesserung des Verkehrs erreicht worden ist. Der An- schlag von Heilbronn her, Heilbronn ab 6.18 abends, in Jüssen- hausen ist nunmehr ganzjährig höhergestellt.

2. Die Nagoldbahn. Auch auf dieser Strecke können wir Verbesserungen feststellen. Das Sitzgarnitur, das schon im letzten Sommer gefahren wurde, aber leider ungenügenden Be- such aufwies, kommt diesmal wieder, und zwar in günstigerer Fahrzeit und mit geschickten Anschlüssen. Der Morgenzug Forstheim ab 7.45, Calw ab 8.15, Culligen an 8.56 hat in Forst- heim Anschlüsse von Wühlader wie von Karlsruhe-Mannheim her, und hat in Culligen Anschlag auf den Züricher D-Zug. Wir möchten aber mit allem Nachdruck betonen, daß es unum- gänglich notwendig ist, daß dieser Zug auch wirklich be- nützt wird. Es ist das erste Fernzugsgarnitur, mit dem die Probe gemacht werden muß, ob unsere Schwarzwaldbahn in die Konkurrenz der Nord-Südbahnen künftig einmal überhaupt zugelassen werden wird. Wenn wir im nächsten Sommer eine gute Besetzung der Sitzzüge erreichen, wozu überall Empfehlung und Bekanntgabe dieser Züge notwendig ist, werden sie voraus- sichtlich auch im Winter gefahren werden. In bezug auf die Befeh- lung wie im letzten Sommer und Herbst eine ungenügende, so müssen wir mit Sicherheit rechnen, daß die Züge in den nächsten Fahrplan überhaupt nicht mehr aufgenommen werden. Es ist daher unbedingt notwendig, wie es die Forstheimer tun, daß auch das Nagoldtal diese Züge bekannt macht und reichlich be- nützt. Unsere Nagoldbahn wird sonst mit tödlicher Sicherheit zur Proletenztrasse degradiert mit den üblen Folgen; ein Beispiel bietet der Winterfahrplan, nach dessen Entwurf es auch wieder nicht möglich ist, von Calw nachmittags nach Forstheim zu fah- ren 2.25, und dann nicht mehr bis 7.59 abends. Also eigentlich keine Möglichkeit, irgend welche Veranstaltung in Forstheim be- suchen zu können. Das wäre dadurch erleichtert worden, daß der Nachtzug von Forstheim erst 10.21 dort abfährt; aber wer hat heute Zeit, wenn er zu einer Abendveranstaltung will, schon den ganzen Nachmittag dafür zu opfern? Wir geben uns aber im- mer noch der Hoffnung hin, daß das Sitzgarnitur so benützt wird, daß es ganzjährig bleibt. Zunächst also müssen wir fest- stellen, daß unsere Wünsche in der Hauptsache erfüllt worden sind.

3. Auch die Enztalbahn hat ihren guten Fahrplan vom letz- ten Sommer wieder erhalten. Noch in letzter Stunde ist es möglich geworden, den bedrohten Übergang vom Nagoldtal Calw ab 6.48 morgens, Brödingen an 7.35, Brödingen ab 8.05, Wildbad an 8.56 ganzjährig zu retten. Der Fremdenverkehr im Sommer und der Berufsverkehr vom Enztal nach Forstheim das ganze Jahr bringt es mit sich, daß die Wünsche des Enztales fast vollumfänglich befriedigt werden konnten.

4. Auf der Altensteiger Bahn ist außer kleinen Ver- schiebungen in den Abfahrtszeiten nur eine wichtige Veränderung: der letzte Zug von Nagold ab geht nicht mehr schon 8.35, sondern erst 10.05 und kommt in Altensteig an 10.55. Diese Neuver- richtung verbessert allerdings die Verbindung von Stuttgart-Horb und Rutesheim her, bringt aber den Nachteil mit sich, daß die von Forstheim-Calw herkommenden Reisenden von 8.21 bis 10.05 in Nagold hängen müssen. Es wird Sache der Erfahrung sein, welcher Zug den größeren Vorteil zu bieten vermag.

Auf allen Strecken können wir mit Genugtuung sehen, daß der Fahrplankünstler seiner schwierigen Aufgabe im Rahmen des Möglichen gerecht geworden ist; wir sind über- zeugt, daß er die noch vorhandenen Mängel und Fehler im Interesse der Bequemlichkeit der Reisenden zu beseitigen su- chen wird.

Turnverein. Deutschland stand letzte Woche im Zeichen der „Reichsgeundheitswoche“. Es soll an und für sich nicht bestritten werden, daß durch Aufklärung mancher aufge- räumt werden kann, mehr auf seine und seiner Mitmen- schen Gesundheit zu achten. Mit schönen Worten allein ist aber nicht getan. Wie man praktisch in diesem Sinne ar- beitet und für edle Ziele wirkt und sich betätigt, hat der Turnverein am Sonntag abend in seinem Saalturnen ge- zeigt. Ein reichhaltiges Programm, ausgeführt durch Turner und Turnerinnen-Abteilungen, war geboten. Die verschiedenartigen Übungen gaben Zeugnis von der man- nigfaltigen Arbeit, die geleistet wurde, aber auch davon, was bei systematischer Durchbildung des Körpers erzielt werden kann. Mit Befriedigung konnte festgehalten werden, wie großer Eifer vielfach die Einzelnen befeuert. Nach einem gut vorgetragenen sehr passenden Prolog begannen

die turnerischen Übungen. Angefangen mit Atmungs- übungen, wechselten Kraft- und Gewandtheitsübungen der Turner mit den dem weiblichen Wesen angepaukten natürl- ichen Übungen der Turnerinnen. Neben dem üblichen Ge- räte- und Einzelturnen, bei dem man sehr achtungsvolle Leistungen sah, war das Gesellschaftsturnen mit den ver- schiedensten Geräten mit mehreren Nummern im Pro- gramm vertreten. Die Übungen dieser Art: Bodenfrei- übungen, Stabwindübungen, Gesellschafts-Stab- und Frei- übungen, Ringübungen machten stets günstigen Eindruck. Es ist sicher zu begründen, daß neben dem wertvollen Ein- zelturnen auch das gemeinsame Turnen mehr und mehr zur Geltung kommt. Eine angenehme Ausschmückung des Pro- gramms waren die amnütigen Tanzgruppen und das ein- drucksvolle Reigenpiel: Jungschäfers Schicksal, welches durch geschickte Aufmachung und ansprechende Beleuchtung besonders auffiel. Alles in Allem: Der Abend war eine ge- lungene Veranstaltung des Vereins, der gezeigt hat, daß er lebendige Kräfte und schöpferische Leiter hat. Jeder Ein- zelne wird gerne sich dem Danke des Vorstands an die Turner und Turnerinnen angeschlossen haben. Den unermeß- lichen Leitern aber ein besonders kräftiges „Gut Heil“. Zum Schluß sei auch noch dem Empfinden in Turnertrei- en Ausdruck verliehen, die immer wieder mit Bedauern feststellen müssen, wie wenig Sinn und Verständnis sie für das für die Gesundheit und das Wohl des Einzelnen so wertvolle Volksturnen finden. An alle Eltern und Meister sei daher auch jetzt wieder die Aufforderung gerichtet, ihre Jüngens und Mädels im ureigensten Interesse ins Turnen zu schicken. Sie sind hier sicher besser aufgehoben, als wenn sie abends ziellos im Stadtle sie herumtreiben, wo- möglich die unvermeidliche Zigarette im Munde.

— Der Gemeindeumlagehöchstfuß für 1926. Durch eine Verordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen ist auf Grund des Gemeindeumlagegesetzes der Gemeindeumlagehöchstfuß für das Rechnungsjahr 1926 auf 12 Prozent festgesetzt worden.

— Renten an dienstunfähige Hebammen. Nach einer Be- kanntmachung des Ministeriums des Innern können Rent- aus Staatsmitteln an Hebammen vermöglos werden, die in- folge Alters oder Gebrechlichkeit dienstunfähig werden. Die staatliche Rente soll nur ein Zuschuß zu der von der Ge- meinde zu gewährenden Unterstützung sein und in der Regel der letzteren gleichkommen. Die Rente kann jedoch nicht höher als 300 RM. und, wenn die Bezüge der dienst- unfähigen Hebammen an Sozialrente und Gemeindeunter- stützung zusammen mehr als 300 RM. betragen, nicht höher als 600 RM. abzüglich der Summe von Sozialrente und Gemeindeunterstützung bemessen werden. Die Rente wird nur unbedingten Hebammen gewährt, die nach Aufgeben des Hebammenberufes den nötigen Lebensunterhalt nicht mehr finden können. Die Rente ist an die Bedingung geknüpft, daß die Hebamme auf die fernere Ausübung des Hebammenberufes verzichtet. Die Reusefestlegung über die Er- höhung der Rente kann beantragt werden. Eine rückwirkende Erhöhung der Rente ist nicht möglich.

— Waffenbesitz. Durch Erlass des Ministeriums des Innern sind Zimmerstutzen, Scheibengewehre und Florett- waffen sowie die Munition zu ihnen von der Verordnung über den Waffenbesitz ausgenommen worden. Auch Luft- drahtwaffen sind wie bisher nicht abgabepflichtig. Ebenso unterliegen Knall-, Schred- und Scheintopfstößen nicht der Ablieferung. Gegen etwaigen Mißbrauch freigegebener Kleinkaliberwaffen durch Jugendliche bietet das Gesetz über den Besitz und Gebrauch von Waffen vom 1. Juni 1893 eine Handhabe.

Nagold, 25. April. Die Generalversammlung der Gewerbebank Nagold, v. G. m. b. H., fand am Samstag den 24. April im Gasthof zur Linde statt. Herr Paul Schmid Kaufmann hier, welcher den Vorsitz führte, begrüßte zunächst die erschienenen Genossen, eröffnete sodann die Versammlung. In Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht und Rechnungsablage über das Jahr 1925, wurde sodann des Wort Herrn Dolmeisch er- teilt, welcher vor allen Dingen auf die günstige Entwicklung auf- merksam machte. Den Beweis dafür lieferte das Anwachsen der gesamten Betriebsmittel auf rund 1 Million (gegen 500 000 RM. Ende 1924), wozu die erhöhte Sparfähigkeit wesentlich beigetragen habe, denn die Spargelder seien von 125 000 RM. Ende 1924 auf rund 500 000 RM. Ende 1925 gestiegen. Die Bank betrachte es als eine ihrer Hauptaufgaben, das Spargeld zu pflegen, um die der Wirtschaft zu notwendigen Mittel zu be- schaffen. Es sei ferner gelungen, selbst in kritischer Zeit die Zahlungsbereitschaft zu sichern und man sei jetzt in der Lage, berechtigten Kreditansprüchen zu genügen. Bei Gewährung von Krediten lasse die Bankverwaltung stets größte Vorsicht walten, aber ebenso sollte auch jeder Kreditnehmer vorher prüfen, ob sein Betrieb die heute noch bestehenden Zinsen ertragen kann. Verluste seien noch keine vorgekommen und man dürfe sich zu- verlässig sein, in Zukunft vor solchen bewahrt zu bleiben, da 80 Prozent aller gewährten Kredite durch Hypotheken an erster Stelle und der Rest durch gute Bürgschaften gesichert seien. Der Geschäftsgang im allgemeinen könne als befriedigend bezeichnet werden, der Umsatz auf einer Hauptbuchseite betrage 23 624 000 RM. gegen 3 840 000 RM. in 1924 und 16 500 000 RM. in 1914. Auch die Zahl der Mitglieder habe zugenommen und den Stand von 977 erreicht. Zum Schluß wurde noch an alle Ge- nossen die dringende Bitte gerichtet, die Gewerbebank als ihre eigene Bank unter allen Umständen zu unterstützen und sie mit der Ausführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen zu be- auftragen. Den Bericht über die im vergangenen Jahre durch Herrn Verbandsreferent Schumacher vorgenommene geordnete Revision, sowie über die Kontrollen der von der Bank eingesetzten Kommission erstattete Herr Johs. Schötle, Kauf- mann Ebhausen. Die Verwendung des Reingewinns wurde in der vorgeschlagenen Weise genehmigt. (Dividende 14 Prozent.) Ebenso wie im vorigen Jahre wurden 1000 RM. an bedeu- tige alte Mitglieder und Später ausgeführt. Erwähnt sei noch, daß der Aufwertungsfond nach der diesjährigen Zuweisung die Höhe von RM. 45 000 erreicht hat. (Die Gewerbebank ist ver- trebt, diesen Fond im Laufe der Jahre derart zu stärken, daß sie in gleicher Weise wie die öffentlichen Kassen aufwerten kann.) Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt. So- dann erfolgte die Reusefestlegung des eigem einzelnen Mitglieds zu gewährenden Höchstbeträgen. Der Höchstbetrag in laufender Rechnung wurde von RM. 30 000 auf RM. 40 000 erhöht und der Höchstbetrag mit RM. 50 000 normiert. Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig genehmigt. Die auscheidenden Auf- sichtsratsmitglieder Wilh. Hart, Fabrikant, Johs. Schötle, Kaufmann, Chr. Schwarz, Kaufmann, wurden wieder gewähl-



In der darauf folgenden Diskussion ergriff Herr Gemeindeführer Reich von Bollmaringen das Wort und sprach der Barmherzigkeit, welche jederzeit bereit sei, die Genossen nach Möglichkeit zu unterstützen, den Dank der Genossen aus. Um 6 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung, indem er den Mitgliedern noch für ihr Erscheinen dankte und daß, auch in Zukunft treu zur Genossenschaft zu halten.

Agold, 28. April. (Außerordentliche Generalversammlung des Bezirks-Wirtvereins Agold.) Unter dem Vorsitz von Herrn Fortenbacher-Agold tagte am gestrigen Sonntag der Bezirks-Wirtverein im Gasthaus zum Bären, zu dem aus allen Teilen des Oberamtsbezirks die Mitglieder erschienen waren. Nachdem das verstorbene Mitglied, Hartini-Agold, durch Erheben von den Sitten geehrt worden war, hielt Schriftführer Gehmann ein Referat über die Wirkungen des Gemeindebestimmungsrechts. Er führte u. a. aus, es würde gegnerischerseits wohlweislich zu vermeiden, die Wahrheit dem Publikum mitzuteilen, weil bei wirklicher Kenntnis der Sachlage kein Mensch ein Interesse an der Durchführung des angestrebten Gemeindebestimmungsrechts hätte und weil nun sicherlich noch eine ganze Reihe von Kollegen sich hierüber nicht ganz klar seien, wolle er versuchen, sie über die Wesensart des GBR. aufzuklären. Er schilderte die durch das Alkoholverbot in Amerika hervorgerufenen Zustände, Ergebnisse des Reichstagspräsidenten Löbe anlässlich einer Inspezierungsreise in Amerika, Erlösung der Konzeption im Erbfolge, evtl. Streichung sämtlicher Schankergewerbe, weiter, daß der Reichstag selbst nicht mehr den Glauben an der Durchführbarkeit habe u. a. m. Für Süddeutschland speziell sei eine evtl. Durchführung des GBR. besonders schwerwiegend. Eine besonders lebhaft Diskussion rief die Mitteilung über die Tätigkeit der evangelischen Kirche im Dienste des GBR. hervor und der Anregung des Land-Wirtetages in Stuttgart folgend, wurde, im Falle die Kirche diese Agitation nicht unterläßt, einstimmig die Resolution angenommen: Verweigerung der Kirchensteuer und Austritt aus der Kirche. Dieses und nähere Ausführungen des Grundes hierzu sollen in öffentlichen Ausrufen bekanntgegeben werden und im äußersten Falle müsse man zu einer allgemeinen Demonstration, angeregt durch die Erlöse von Bernkastel, aufrufen. Ein Mitglied von Simmersfeld erläuterte, entgegen der Behauptung, die Zerenhäuser füllten sich zum größten Teil mit Alkoholikern, daß ihm in seinem ganzen Bezirk kein einziger Fall von Säuferswahn bekannt sei, dagegen u. a., durch die zahllosen Sektens herbeigerufen, eine ganze Reihe religiös-wahnsinniger seit Jahren inlassen solcher Anstalten wären. — Verschiedene Gewerbetreibende, die für das GBR. Stimmen gesammelt haben und solche, die es in Zukunft noch tun würden, sollen von Seiten der Wirtte bouffortiert werden. Aus Egenhausen wird über die Art der Stimmenwerbung berichtet und dies als ausgesprochener Stimmenfang bezeichnet, da z. B. ein Junge von 13 Jahren für seine abwesenden Eltern unterschrieben, eine Person sich in 3 verschiedene Listen eingetragen habe u. a. m. — Herr Gehmann referierte weiterhin über Rückvergütung der zuvielbezahlten Weinsteuer. Die Eingaben an das Finanzamt sollte man mit einem Verzeichnis der an diesem bestimmten Termin im Keller befindlichen Weine, alten und neuem Preis, Zinsverlust etc. versehen. In einer Eingabe an das Stadtschultheißenamt will man um die Stellung zweier Persönlichkeiten ersuchen, die die Feststellung der Weine vornehmen und dies amtlich beglaubigen. — Bei Punkt 3 der Tagesordnung wurde Bericht erstattet über den Verlauf der Zusammenkunft der Vereinsvorstände betr. Bekämpfung der Zerstörer, die auf Einladung des Herrn Oberamtmanns erfolgt war. Zum Schluß wurden noch einige weniger wichtige Punkte zur Sprache gebracht und erledigt. — Zum Beschluß erhoben wurde ferner: Scharfes Vorgehen des Bezirks-Wirtvereins gegen das Gebäudeentwässerungsgesetz, weil die Wirtte in kleineren Städten und Ortschaften ja fast ausschließlich auch Hausbesitzer sind. Auch zum regelmäßigen Besuch der Damentänze, deren obnebles im Jahr nur 3 bis 5 stattfinden, wurde für die Frauen und Töchter ein Veto eingelegt.

Neubulach, 24. April. (Gesundheitswoche — Bautätigkeit) Auch im hiesigen Kirchspiel fand eine kleine Veranstaltung anlässlich der Gesundheitswoche statt. Herr Dr. Seeger stellte sich zur Verfügung und hielt im Gasthaus zur Sonne einen Vortrag über Verhütung von Seuchen. Auf geschichtlicher Grundlage schilderte er die über ganz Europa in früheren Jahrhunderten verbreiteten Seuchen, welche in verheerender Weise die Bevölkerung reduzierten und es einen Schutz dafür nicht gab. Auf die neuere Zeit kommend, wies er darauf hin, wie der Organismus des Menschen im Stande sei, sich widerstandsfähig zu gestalten, so daß er im Stande sei, den Bazillen zu trotzen und sie zu beseitigen, was sich namentlich in dem großen Kriege durch weitgehende Impfungen bewährt habe; er forderte eine natürliche Lebensweise mit hinreichender Kost und gesunder Wohnung, was viel zur Stärkung bzw. Erlangung einer gewissen Widerstandsfähigkeit beitrage. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen und dankte Stadtschultheiß Müller für dieselben. — Die Bautätigkeit im hiesigen Städtchen verspricht auch dieses Jahr sich wieder günstig zu gestalten, neben zwei Wohnhäusern mit Scheuern erstellt Sonnenwirt Schill einen den Anforderungen für Vereine und dergl. ausreichenden Saalbau und ist zu wünschen, daß er die Hoffnungen, die auf ihn gesetzt werden, erfüllt. Die Südd. Wismut- und Kupferwerke AG. haben ihren Betrieb dieses Jahr umgestellt, wesentliche bauliche und maschinelle Verbesserungen eingerichtet, so daß demnächst der Betrieb wieder voll aufgenommen wird. Die Firma hat soweit möglich hiesige Gewerbetreibende die Arbeiten ausführen lassen, wodurch ihnen ein guter Verdienst zuteil wurde. Mögen auch hier die vorgesteckten Ziele erreicht werden. C. T.

Langenbrand, 24. April. (Schwerer Zusammenstoß.) Als ein Personenwagen aus Neuenbürg nach Schömberg fahren wollte, kam ihm aus entgegengesetzter Richtung ein Personenomnibus entgegen. In der Kurve begegneten sich

beide Fahrzeuge und stießen zusammen, wobei das Neuenbürger Auto so schwer beschädigt wurde, daß es abgeschleppt werden mußte. Der Unfall hätte an dieser unübersichtlichen Stelle leicht ernstere Folgen nach sich ziehen können.

Oberndorf. Nun bekommt auch Oberndorf eine Scheffelstraße. Durch einen Beschluß des Gemeinderats wird eine neue Straße mit neuen Siedlungen zu Ehren des Dichters so benannt, dessen Mutter von Oberndorf stammt. — Vor einiger Zeit hat sich auch hier eine Sanitätskolonne gebildet, die schon 35 Mann stark ist. Ihre Ausbildung hat Dr. med. Walz übernommen. — Der Verein christlicher junger Männer läßt hier ein eigenes Heim erbauen.

Kottweil. Zwischen den zu den Oberämtern Kottweil und Sulz gehörigen Gemeinden: Kottweil, Dietingen, Böhringen, Göltingen, Irölingen, Tübingen, Wellendingen, Rosenfeld, Rotenzimmern und Leibringen wird eine private Autoverbindung eingerichtet. Unternehmerin ist die Amtsförperschaft Kottweil. Gewinn und Verlust wird von den Oberamtsbezirken im Verhältnis zu den auf sie entfallenden Strecken geteilt. Es ist vorgesehen, daß die neuen Linien noch vor den Pfingstfeiertagen in Betrieb genommen werden.

Schwenningen a. N., 22. April. (Sein Erscheinen eingestellt.) Das „Schwarzwälder Tagblatt“, das als neue rechtsorientierte Zeitung in Schwenningen, Billingen und Umgebung sich aufgetan hatte, hat sein Erscheinen wieder eingestellt.

Birkenfeld, 25. April. (Unfall.) Samstag vormittag rief das Lastauto der Firma Kling u. Trensch mit einem Radfahrer von Birkenfeld zusammen. Das Rad wurde beinahe zertrümmert, dem Radfahrer ging das Autorad über den Kopf hinweg, so daß der Abfuß verblutete. Wenn der Radfahrer sonst keine innere Verletzungen hat, so war diesmal Glück beim Unglück.

Stuttgart, 26. April. (50 Jahre Johanneskirche.) Am Sonntag waren es 50 Jahre, daß die Kirche am Feuersee, die Johanneskirche, eingeweiht worden ist. Sie ist eine besondere Zierde der Stadt. Als die von Leins erbaute Kirche in Anwesenheit der Königin Olga und des Königs Karl der Gemeinde übergeben wurde, konnte die Kirche die Leute aus dem ganzen Lande nicht lassen. Aus diesem Anlaß wurde nachmittags ein Essen für arme und alleinlebende alte Leute veranstaltet. Einige Kinder, die getauft wurden, erhielten einen silbernen Löffel zum Patengeschenk.

75. Geburtstag. Der frühere Vorstand der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau, Präsident a. D. Richard von Leibbrand, feierte den 75. Geburtstag. Unter seiner Leitung sind zahlreiche Brückenbauten im Lande entstanden. Ende 1922 war er nach beinahe 50jähriger Amtszeit in den Ruhestand getreten.

Ehlingen, 26. April. (Verkehrsunfall.) Am Samstag verunglückte ein 24 Jahre alter Diplomingenieur von Stuttgart, der auf seinem Motorrad von Ehlingen nach Cannstatt fahren wollte am Orisingang von Metzingen. Das Rad wurde von der Straßenbahn erfasst und er zu Boden geschleudert. Nach Anlegung eines Rotenbandes wurde der Verunglückte sodann im Krankenkradwagen ins Krankenhaus übergeführt, wo er noch am Abend einer Operation unterzogen werden mußte; er ist inzwischen den schweren Verletzungen erlegen.

Böblingen, 26. April. (Inbetriebnahme von Kraftpostlinien.) Vom 26. April d. Js. an werden zwischen Ehningen und Gehlingen und Böblingen und Döfingen Kraftpostwagen ausgeführt.

Metzingen, 26. April. (Tod infolge Betrunktheit eines Autolenkers.) Der 26 Jahre alte Mechaniker Herrkorn, Inhaber einer Reparaturwerkstätte in Kirchentellinsfurt, machte am Sonntag morgen mit einigen Freunden im Anschluß an eine Hochzeit eine Autofahrt. Morgens 8 Uhr kam er mit brennenden Lichtern beim Tübinger Tor an. Der Wagen fuhr auf der linken Seite und schien in die Anlagen hineinzufahren zu wollen, wurde aber dann im letzten Augenblick herumgerissen. Dabei wurde die 22 Jahre alte Hedwig Schirm von Gehlingen von dem Auto erfasst, geriet unter den Wagen und wurde mitgeschleift. Erst als der Begleiter des Mädchens auf das Auto sprang und den Führer anrief, ob er verrückt geworden sei, brachte er den Wagen zum Stehen, blieb aber ruhig sitzen, ebenso seine drei Begleiter. Zwei Personen mußten nun rasch den Wagen zusammen etwas anheben, während die Insassen drin blieben, um das Mädchen befreien zu können. Aber es war schon zu spät, das Mädchen war sofort tot, da es einen Schädelbruch und einen Bruch der Wirbelsäule erlitten hatte. Die ausgeblutete Menge zog den Führer und den neben ihm stehenden Fahrgast heraus und wollte ihn Ignazieren. Nur dem energischen und sofortigen Eingreifen der Polizei war es zu verdanken, daß der Täter nicht erschlagen wurde. Der Autoführer und seine Begleiter waren sinnlos betrunken. Zwei Begleiter ergriffen die Flucht. Der Autoführer und ein anderer Insasse wurden in Haft genommen.

Wernsheim Orl. Maulbronn, 26. April. (Schultheißenwahl.) Bei der am Sonntag hier abgehaltenen Ortsvorsteherwahl haben von 580 Wahlberechtigten 525 abgestimmt. Es erhielt Obersekretär Raft-Freuerbach 305 und Obersekretär Becker-Maulbronn 218 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Gaildorf, 26. April. (Mord und Selbstmord.) Ein trauriges Geschehnis hat zwei junge Menschen in den Tod geführt. Am Samstag morgen wurden in der Nähe des Bruderhauses Wilhelmshaus die Leiche einer 16jährigen Wirtstochter und eines 19jährigen jungen Mannes von Weiskel gefunden. Letzterer hatte noch den Revolver in der Hand und es liegt offenbar Mord und Selbstmord vor. Die Beweisanstände sind noch unbekannt.

Ehlingen, 26. April. (Unter den Zug gekommen.) Sonntagabend ist ein in Stuttgart wohnhaftes, 18 Jahre altes Dienstmädchen, das auf dem hiesigen Bahnhof noch in einen bereits in Fahrt befindlichen Zug einsteigen wollte, vom Treibrett gestürzt und unter die Räder geraten; hierbei trug sie am rechten Fuß schwere Verletzungen davon. Sie wurde sofort in das hiesige Krankenhaus übergeführt, wo ihr der Fuß unterhalb des Knies abgenommen werden mußte.

Reutlingen, 26. April. (Waldbrand.) In einem zum Rappenhof gehörigen Waldteil brach am Sonntag mittag ein rasch um sich greifender Waldbrand aus, der nur durch entschlossenes Hinzutun einiger Stuttgarter Spaziergänger und Leuten vom Rappenhof eingedämmt werden konnte. Die Ursache dürfte das leidige Zigarettenrauchen junger Bürgchen sein.

Heilbronn, 26. April. (Amtsantritt.) Der neue Generalsuperintendent für Heilbronn, Prälat D. Hoffmann, hielt am Sonntag in der Allianzkirche seine Amtsprädigt, bei der das hohe Lied der Liebe im ersten Brief des Paulus an die Korinther „Wenn ich mit Menschen“ und mit Engeln redete und hätte der Liebe nicht“ zugrunde legte.

Weinsberg, 26. April. (Das Schicksal des Bezirkskrankenheuses.) Der Gemeinderat hat beschlossen, in die beiden oberen Stockwerke des bisherigen Bezirkskrankenheuses 5 Wohnungen einzubauen, um dort die am schlechtesten untergebrachten kinderreichen Familien zu beherbergen. Für den unteren Stock des Krankenheuses ist eine Art Bürgerheim vorgesehen.

Vöhringen, 26. April. (Ein gräßliches Unglück.) Am Samstag fuhr der 10jährige Sohn des Schuhmachermeisters Krauß von hier mit dem Fahrrad auf der Landstraße nach Waldhauhen. Etwa 300 Meter unterhalb des westlichen Bahnübergangs wurde er von dem Lastauto der Dinkeladerischen Brauerei Stuttgart überholt. Radler und Auto wichen sich aus. Als der Junge den Lastwagen an sich vorbei glaubte, lenkte er in die Straße ein, wurde aber sofort von dem folgenden Anhängewagen erfasst, vom Rad geschleudert und überfahren. Der Tod trat sofort ein. Die Lenker des Fahrzeugs trifft keine Schuld.

Schorndorf, 26. April. (Töblicher Sturz.) Bei Gerüstarbeiten am Frauenstift stürzte ein 14jähriger Gipserlehrling aus beträchtlicher Höhe vom Gerüst ab und erlitt Verletzungen am Kopf, so daß er im Bezirkskrankenhaus starb.

Neudern, Orl. Rirringen, 26. April. (Brand.) Innerhalb kurzer Zeit ereignete sich hier der dritte Brand. Diesmal ist dem Brandstifter die Scheuer des Jarnenwärters zum Opfer gefallen. Auch das tatkräftige Eingreifen der Ortsfeuerwehr ist weiterer Schaden verhütet worden. Die ganze Einwohnerschaft ist in begreiflicher Aufregung.

Gerabronn, 26. April. (Aus Unvorsichtigkeit erschossen.) Die Erschießung eines jungen Jägermeisters auf der Straße zwischen Donsbach und Kesselsbach konnte nun aufgeklärt werden. Bis jetzt ergab sich, daß die Erschießung des jungen Jägermeisters auf Fahrlässigkeit zurückzuführen ist. Ein etwa 20jähriger Jägermeister namens Kiefer, der sich bei der Familie Reinhardt befand, wollte anscheinend den Gebrauch einer Pistole dem erschossenen Bernhard Reinhardt vorführen und bei dieser Gelegenheit ging der Schuß los.

Reesheim, 26. April. (Falschgeld.) Auch hier sind dieser Tage zwei falsche Zweimarkstücke in den Verkehr gebracht worden. Die gefälschte Münze ist dadurch erkenntlich, daß die Prägung matter, der Rand nur leicht gerippt, leichter im Gewicht ist und ein mehr blei- bezw. aluminiumartiges Aussehen hat.

Kappel, Orl. Ravensburg, 26. April. (Brand.) Am Samstag mittag brach im Gasthaus „Zum wilden Mann“ Feuer aus, das sich rasch über das ganze Anwesen ausbreitete. Bei der durch den kräftigen Nordwind herrschenden Gefahr für die Nachbarhäuser wurden die Motorspritzen von Ravensburg und Friedriehshafen um Hilfe gerufen, die bald eintrafen und die weitere Ausbreitung des Feuers verhüteten.

Friedriehshafen, 26. April. (Unfall mit Todesfolge.) Am Freitagabend hatte sich in der Seestraße das 6jährige Söhnchen des Fischermeisters Berner auf das Verbindungstück zweier Kieswagen gesetzt, die einem Bulldogg angehängt waren. Plötzlich lag das Kind am Boden, wurde vom Vorderrad des zweiten Wagens überfahren und schrecklich zerschmettert. In der Nacht ist der Junge dann seinen schweren Verletzungen erlegen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Annahme des französischen Budgets durch die Kammer. Die Kammer hat am Sonntag nachmittag das Budget für das Etatsjahr 1928 mit 427 gegen 153 Stimmen angenommen. Das Budget geht an den Senat zurück, da die Kammer wieder einige Abänderungen vorgenommen hat.

Ein Knecht und vier Pferde vom Blitz erschlagen. Der „Lokalanzeiger“ berichtet aus Schwerin: Im Dorfe Kublau wurde ein Knecht, der mit vier Pferden auf den Feldern beschäftigt war, von einem Gewitter überrascht und vom Blitz getroffen. Der Knecht und die Pferde waren sofort tot.

Entlassung deutscher Eisenbahner in der Tschechoslowakei. Wie das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei meldet, sind 83 deutsche Eisenbahnbedienstete ohne Pension entlassen worden. Die Entlassenen sind zum Teil 15 Jahre im Dienst. Unter ihnen befinden sich 49 Familienväter. An Stelle der deutschen Eisenbahner wurde tschechisches Personal angestellt. Das Blatt bezeichnet diese Maßnahme als den Beginn eines neuen großen Tschechisierungsaktion.

Sozialisten im Hungerstreik. Wie der „Korwärrer“ neuer Auslandsvertretung der russischen Sozialdemokraten in Berlin erfährt, sollen in dem Gefängnis von Tobolsk (Sibirien) die dort gefangenen 130 Sozialisten vor mehreren Tagen in den Hungerstreik getreten sein. Ein Gefangener sei bereits gestorben, ein zweiter liege im Sterben. Die Hungernden fordern eine Milderung des strengen Regimes, humanere Behandlung und bessere Verpflegung.



Handel und Verkehr

Tägliche Berliner Preisliste vom 24. und 25. April

	24. April	25. April	24. April	25. April
Antwerpen (100 Gulden)	107,41	108,80	108,54	108,50
Brüssel (100 Francs)	14,885	14,825	15,126	15,174
Paris (100 Francs)	90,54	90,46	90,47	90,89
Basel (100 Francs)	109,94	110,12	109,80	110,14
Stockholm (100 Kronen)	112,20	112,54	112,21	112,50
Wien (100 Schilling)	10,548	10,528	10,545	10,558
London (100 Pfund Sterl.)	16,51	16,22	16,500	16,501
Genève (100 Francs)	30,928	30,450	30,400	30,428
Barcelon (100 Peseten)	4,153	4,258	4,258	4,258
Madrid (100 Peseten)	14,10	14,14	14,030	14,13
Sankt Petersburg (100 Rubel)	80,00	81,39	81,02	81,22
Warschau (100 Zloty)	60,22	60,06	60,04	60,00
Prag (100 Schilling)	30,27	30,21	30,18	30,22
Beograd (100 Dinar)	22,42	22,40	22,417	22,420
Bombay (100 Rupee)	90,89	91,00	90,91	91,12

Börsen
 Berliner Börse vom 24. April. Die Kurse der deutschen Aktienmärkte an der Rubenswallstraße am 24. April. Die Börse verhielt sich auf die Unternehmungslust, jedoch hat das Geschäft in engem Rahmen abgelaufen. Die russische Währungsnotizen sind über den Wert der Sozialisten angesetzt, während sich im allgemeinen die Aktienmärkte ruhig verhalten. Die russische Währungsnotizen sind über den Wert der Sozialisten angesetzt, während sich im allgemeinen die Aktienmärkte ruhig verhalten. Die russische Währungsnotizen sind über den Wert der Sozialisten angesetzt, während sich im allgemeinen die Aktienmärkte ruhig verhalten.

Letzte Nachrichten.
 Ratifizierung des belgisch-amerikanischen Schuldenabkommens
 Washington, 26. April. Der Senat nahm mit 55 gegen 20 Stimmen das belgisch-amerikanische Schuldenabkommen an. Das Abkommen tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunde von Präsident Coolidge unterzeichnet worden ist.

27 Koreaner hingerichtet
 Paris, 26. April. Die Agentur Indo Pacifique berichtet aus Tokio, daß nach Nachrichten aus Chargin die Russen 27 Koreaner an der russisch-chinesischen Grenze wegen Schmuggels festgenommen und hingerichtet hätten. Das Außenministerium stellte eine Enquete an, um bei der Sowjetregierung zu protestieren.

Ueberfall auf einen Italiener in Eß
 Luxemburg, 26. April. Der Italiener Jambetti, ein intimer Freund des vor einigen Monaten von Kommunisten erschossenen Sekretärs des italienischen Wohlfahrtsvereins, Bonemelli, wurde beim Verlassen einer Wirtschaft in Eß von drei unbekannt Italienern mit dem Rufe „Du bist ein Falch!“ überfallen, mit Totschlägern geschlagen und schließlich durch einen Schuß ins Bein niedergestreckt. Die Angreifer entkamen über die nahe französische Grenze.

Die Zusammenstöße in Kalkutta
 Kalkutta, 26. April. 5 Mohammedaner und ein Indier wurden heute erschossen. Zwei Personen, die gestern verwundet worden waren, sind heute gestorben. Alle Läden des indischen Geschäftsviertels sind geschlossen. 58 Personen, meist Mohammedaner, wurden verhaftet.

Tödlich abgestürzt
 Innsbruck, 27. April. In der Kransbitter Klamm bei Innsbruck ist gestern die Studentin der Medizin an der hiesigen Universität Schönknecht aus Löwen (Schlesien) tödlich abgestürzt. Schuld an dem Unfall war die ungenügende Ausrüstung der Abgestürzten, die Turnschuhe trug.

Brandkatastrophe
 Wien, 27. April. Nach Blättermeldungen aus Graz brach gestern im Dorfe Dreia bei Ablens während der

Ritzzeit Feuer aus, das infolge des starken Sturmes rasch um sich griff und fast das ganze Dorf einäscherte. Hierbei spielten sich panikartige Szenen ab, da die Gefahr bestand, daß die von den abwesenden Eltern in den Häusern eingeschlossenen Kinder dem rasenden Element zum Opfer fielen. Einer zufällig im Dorfe befindlichen Autogesellschaft von Graz, die sich an dem Rettungswerke herortragend beteiligte, gelang es, mit Hilfe einiger Leute, die Türen einzuschlagen und die Kinder zu befreien.

Die Stürme in Italien
 Rom, 27. April. Der in den letzten zwei Tagen an der Westküste Italiens tobende Sturm hat mehrere Schiffe in Folge zerstört. Auch in der Adria brachen gestern schwere Stürme aus, welche schwere Schäden und Schiffsunfälle verursachten. Aus allen Teilen Italiens werden schwere Gewitterschäden und Ueberschwemmungen gemeldet. Nachdem der Sturm heute nacht seinen Höhepunkt erreicht hatte, trat wieder ruhiges und schönes Wetter ein.

Sturm im westlichen Mittelmeer
 Paris, 27. April. Am 24. April herrschte im westlichen Mittelmeergebiet ein zyklonartiger Sturm. Der italienische Dampfer Atlantara mit 9 Mann Besatzung an Bord, nach Marseille unterwegs, wird vermißt. Zwei Fischerdampfer gingen 40 Meilen von Biserta entfernt unter.

Erste Besprechung der Friedensdelegierten in Udshda
 Paris, 27. April. Die Japas aus Udshda berichtet, sind die drei Rätelegierten heute nachmittag halb 6 Uhr von Taurirt kommend in Udshda eingetroffen und haben sofort mit der französischen und spanischen Delegation eine erste kurze Besprechung im französischen Konsulat gehabt.

Immer und nur Rahma-buttergleich
 MARGARINE

Pfalzgrafenweller.
 Statt besonderer Anzeige.

Meine treubesorgte Gattin, unsere gute Mutter

Frau Marie Gross

geb. Wurster

ist heute früh 4 Uhr, im Alter von 59 Jahren still von uns gegangen.

In tiefem Schmerz:

C. Gross mit Kindern.

Beerdigung Donnerstag 1 Uhr.

ANNA THEURER
OTTO SCHNIERLE
 VERLOBTE

EISENBACH KROPFMUHLE
OMERSBACH

APRIL 1926

Kammerjäger Fiand
 kommt die nächsten Tage nach hier und Umgebung und vertilgt

Banzen, Ratten, Mäuse, Schwaben, Ruffen
 sowie sonstiges Ungeziefer unter schriftlicher Garantie. Bestellungen bitte gest. durch die Geschäftsstelle ds. Bl.

Preisabschlag!

Deutsche und spanische **Naturweine**
 1/2 Liter von 30 Pfg. ab

Franz Kurlenbauer
 Gasthof zum Löwen
 Nagold. Telefon 91.

Bergament-Papier für Butter
 geschnitten und in Bogen

Butterbrot-Papier
 in Rollen und Mappen empfiehlt billigt die

W. Rieter'sche Buchhandlung, Altensteig

Wer erteilt jungem Mann engl. Sprachunterricht?
 Angebote an die Geschäftsstelle unter **W. Z.**

Weil überzählig, verkaufe ich eine 36 Wochen trüchtige, gute

Ruh-Ruh
 Christian Bauer, Schäfer, Bellingen O. Nagold.

Eine ältere

Ruh-Ruh
 mit schönem Kuh-Kalb, hat zu verkaufen
Kalmbach, Heselbronn.

Breitenberg-Berneck.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 29. April, im Gasthaus zum Waldhorn in Berneck stattfindenden Hochzeits-Feier freundlichst einzuladen

Friedrich Greule | **Elfa Bauer**
 Sohn des | Tochter des
 Jakob Greule, Bauers | Johs. Bauer, Zimmermanns in Berneck

Kirchgang um 12 Uhr in Berneck.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Am Donnerstag, den 29. ds. Mts., (Markttag) bringe ich

schöne Oberländer und Hohenloher Milch- und Läufer-Schweine

in meinem Stall zum Verkauf

Chr. Kienle, Schweinehdlg., Nagold, Telefon 112.

